C10

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **Vielfalt**

Text

Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, der Begegnung und der Offenheit. Sie lebt von den Menschen, die hier wohnen, arbeiten und sich engagieren – egal, woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen, welche Religion sie praktizieren, welche Fähigkeiten sie besitzen oder welche geschlechtliche und sexuelle Identität sie haben. Obwohl Dortmund in vielen Bereichen für eine weltoffene und vielfältige Stadtgesellschaft steht, gibt es immer noch zahlreiche Diskriminierungen, die das Leben vieler Menschen negativ beeinflussen. Diese Diskriminierungen finden oft in alltäglichen Begegnungen statt, sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße. Sie manifestieren sich in rassistischen, sexistischen, behindertenfeindlichen und queerfeindlichen Vorurteilen, die Menschen benachteiligen und ausgrenzen.

Unsere Vision ist eine Stadt, in der alle ohne Angst vor Diskriminierung leben können, mit gleichen Chancen und der Freiheit, sich individuell zu entfalten. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung haben in Dortmund keinen Platz. Vielfalt muss als Stärke begriffen und gefördert werden.

Dafür braucht es klare und entschlossene Schritte – politisch, rechtlich und praktisch. Strukturen müssen diskriminierungssensibel gestaltet, bestehende Ungleichheiten abgebaut und gesellschaftliches Bewusstsein gestärkt werden. Unsere Stadt soll ein Ort der Solidarität und des respektvollen Miteinanders sein, in dem Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung verstanden wird.

Besonders wichtig ist uns, Menschen aktiv in den Veränderungsprozess einzubinden, die bisher zu wenig Gehör gefunden haben. Wir müssen sicherstellen, dass alle Gruppen in Dortmund die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen, ihre

Bedürfnisse zu äußern und Lösungen mitzugestalten. Nur so können wir eine Stadt schaffen, die wirklich für alle da ist und in der sich jede*r willkommen und wertgeschätzt fühlt.

In diesem Kapitel zeigen wir, mit welchen konkreten Maßnahmen wir Diskriminierung bekämpfen, Teilhabe stärken und Projekte fördern, die die Vielfalt unserer Stadt sichtbar machen. Unser Ziel ist, Dortmund als Vorbild für eine inklusive und gerechte Gesellschaft erlebbar zu machen.

Für eine Stadt ohne Diskriminierung

Die Vielfalt in Dortmund ist eine Stärke. Wir wollen eine Stadt, in der jede*r die gleichen Chancen hat und Diskriminierung in all ihren Formen entschieden bekämpft wird.

Um das zu erreichen, werden wir

- die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung öffnen und proaktiv in der Gründer*innen-Förderung tätig werden.
- die Bürokratie vereinfachen, um den Zugang zu Gründungsinitiativen zu erleichtern, Info-Angebote bereitstellen und eine mehrsprachige Beratungsstelle einrichten, um den Einstieg in die Selbstständigkeit zu fördern.
- das Zentrum für Ethnische Ökonomie ausbauen.
- uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes Museum der Migration bekommt, welches die Geschichte der Zuwanderung dokumentieren soll und den Beitrag der zugewanderten Menschen zur Entwicklung der Stadt würdigt.
- den Prozess der Partizipation aktiv und inklusiv gestalten, denn „Dortmund für alle“ bedeutet Ankommen, Teilhabe, Vielfalt und Mitgestaltung.
- uns dafür einsetzen, dass auch nicht-akademische Menschen als zuverlässige Interessenvertretung eine Stimme finden und Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen attraktiver machen.
- Antidiskriminierung-Trainings für alle Mitarbeitenden in den Behörden verpflichtend machen, um sicherzustellen, dass Vorurteile und Diskriminierung systematisch bekämpft werden.
- in der Verwaltung eine Stabstelle für Antidiskriminierung einrichten,

welche die Umsetzung antirassistischer Maßnahmen koordinieren und als zentrale Anlaufstelle dienen soll.

- gezielt auch Menschen in den Blick nehmen, die von Mehrfach-Diskriminierung betroffen sind (wie queere Geflüchtete, Schwarze Frauen mit Behinderung oder muslimisch gelesene Menschen aus der LGBTQIA+ Community).

- den Aktionsplan gegen Antisemitismus weiterentwickeln und umsetzen, der auch aktuelle antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft entgegenwirken soll.

- die Meldestelle für Rassismus weiter unterstützen, die 2023 vom Land finanziert wurde.

Für Teilhabe, die verbindet

Integration ist der Schlüssel zu einer starken und gerechten Gesellschaft. In Dortmund sollen alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Kultur oder sozialem Hintergrund – die gleichen Chancen haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Integration bedeutet nicht nur, den Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und sozialen Angeboten zu ermöglichen, sondern auch, die Teilhabe an politischen und kulturellen Prozessen zu fördern. Nur wenn sich alle Dortmunder*innen als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft erleben, kann unsere Stadt in ihrer ganzen Vielfalt und Stärke wachsen. Dafür setzen wir uns mit konkreten Maßnahmen und einer aktiven Unterstützung von Integrationsprojekten ein.

Daher werden wir

- die Umsetzung des „Masterplans Integration“ vorantreiben.

- die finanziellen Mittel für etablierte Integrationsprojekte sichern und Kürzungen zurücknehmen oder kompensieren, um Integrationsangebote zu erhalten und auszubauen.

- Integration und politische Bildung als Investition in die Zukunft betrachten und fördern, da schlechte Integration zu sozialer Ausgrenzung führt und Vorurteile gegenüber Migrant*innen fördert.

- Maßnahmen ergreifen, um einen niederschwelligen Zugang zu Integrationsangeboten zu schaffen und einen Zugang zu Finanzierungsmitteln effizienter zu gestalten

- das Amt für Migration um den Bereich Integration erweitern und darin insbesondere das Dienstleistungszentrum Migration & Integration (MigraDo) einbinden.

- das „Kommunale Integrationszentrum Dortmund” (MIA-DO-KI) verstetigen und um weitere Angebote ergänzen, um eine effektivere Vernetzung und Unterstützung für Migrant*innen zu gewährleisten.

- ehrenamtliche Sprachmittlerpools etablieren, wobei ehrenamliche Dolmetscher*innen Menschen, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben, im Alltag unterstützen und damit die gesellschaftliche Teilhabe fördern, z. B. durch Begleitung in Schulen, Kitas, Behörden und gemeinnützigen Organisationen als unabhängige Dritte.

- das kommunal Mögliche tun und integrierten Menschen zur deutschen Staatsbürgerschaft zu verhelfen.

- den Einbürgerungsakt würdiger und wertiger ausgestalten und die jährlichen Feiern für neu eingebürgerte Menschen stärken.

- ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten, auch in Kitas und Schulen sowie mit flexiblen Angeboten für Menschen mit Betreuungspflichten oder unflexiblen Arbeitszeiten.

- die Sprach- und Integrationsförderung insbesondere für EU-Zuwander*innen ohne Rechtsanspruch auf Integrationskurse anbieten.

- einen ganzheitlichen Ansatz entwickeln, der dezentraler und gleichzeitig vernetzter denkt, damit Integrationsmaßnahmen wirksam und nachhaltig sind, ohne die Niederschwelligkeit zu verlieren.

- die Anbindung von Organisationen und Initiativen aus dem migrantischen Bereich an die Stadtgesellschaft verbessern.

- in einem städtischen Informationsangebot ehrenamtliche Angebote bekannt machen.

Für echte Mitbestimmung

Mitbestimmung ist der Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie und einer inklusiven Stadtgesellschaft und für Menschen mit internationaler Geschichte eine zentrale Voraussetzung für Integration. Doch noch immer sind viele Migrant*innen – insbesondere Nicht-EU-Bürger*innen – von wichtigen

demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Dies verhindert nicht nur politische Teilhabe, sondern erschwert auch gesellschaftliche Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Mitbestimmung für alle Menschen in Dortmund unabhängig von ihrer Herkunft möglich wird. Partizipation darf nicht nur theoretisch existieren, sondern muss in der Praxis zugänglich und barrierefrei gestaltet werden. Das bedeutet, dass Beteiligungsformate diverser werden, Verwaltung und Politik offener agieren und Engagement gezielt gefördert wird.

Dortmund muss eine Stadt sein, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, sich einzubringen, ob in der Politik, in Vereinen, in der Verwaltung oder in kulturellen Initiativen. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen, die Hürden abbauen, Selbstorganisation stärken und politische Prozesse für alle zugänglich machen.

Deshalb werden wir

- uns für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrant*innen unabhängig von ihrer Herkunft einsetzen.
- auf Landes- und Bundesebene dafür kämpfen, dass nicht-deutsche Einwohner*innen in Dortmund wählen dürfen.
- die Rolle des Ausschusses für Integration und Chancengerechtigkeit in der Dortmunder Kommunalpolitik stärken und uns für die Prüfung zusätzlicher Kompetenzen und Rechte einsetzen, zum Beispiel durch nicht-stimmberechtigte Mitglieder aus der Zivilgesellschaft im Ausschuss für Integration.
- die Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen aus Nicht-EU-Staaten mit Rederecht in allen Ausschüssen nach Düsseldorfer Vorbild in der Wahlperiode 2025 bis 2030 forcieren.
- die personellen Kapazitäten in den Unterstützungsstrukturen erhöhen und eine Stelle zur Akquise von Finanzmitteln einrichten, um bestehende Unterstützungs- und Wohnungsangebote zu fördern.
- die Beratung für Arbeitssuche und berufliche Bildung für Zugewanderte aus Südosteuropa und dem Westbalkan intensivieren.
- ein städtisches Programm zur Unterstützung von Zuwander*innen aus Südosteuropa und dem Westbalkan einführen, das medizinische Versorgung und Wohnraumhilfen beinhaltet.

- Integration und Stadtentwicklung stärker verknüpfen, um soziale und ethnische Separierung zu verhindern.
- eine kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere Migrant*innen sicherstellen und eine soziale Infrastruktur schaffen, die verschiedene Lebensbiografien berücksichtigt.
- die Selbstorganisation neuer Zuwanderungsgruppen durch zusätzliche Unterstützung und Schaffung von Räumen fördern.
- die Arbeit von Migrant*innen-Selbstorganisationen gezielt fördern und stärken, indem bei steigendem Bedarf die Infrastruktur angepasst und Räume geschaffen werden, um Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu unterstützen.
- die Sichtbarkeit von Migrant*innen in Politik, Verwaltung, Unternehmen und Vereinen erhöhen und Formate so gestalten, dass mehr Menschen inkludiert werden können.
- Weiterbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Verwaltung anbieten und die Kompetenzbewertung bei migrantischen Anstellungen verbessern.
- gezielt mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für politisches Engagement gewinnen, da der Anteil migrantisierter Personen in der Politik nicht die Gesellschaft abbildet.
- sicherstellen, dass fehlende Schul- und Kitaplätze (u3 und ü3) kein Hindernis für ehrenamtliches Engagement sind und Kinderbetreuung als unterstützende Maßnahme für politisches Engagement ausbauen.
- Teilhabe trotz unsicherem Aufenthaltsstatus ermöglichen: Auch Menschen mit unsicherem Aufenthalt oder ohne Wahlrecht sollen sich beteiligen können.
- Mehrsprachigkeit als Leitlinie im Kontakt mit Dortmunder Behörden und Ämtern etablieren.
- soziale Medien und digitale Räume für Ansprache und politische Partizipation nutzen.
- die etablierten politischen Räume verlassen und dorthin gehen, wo sich (junge) Menschen aufhalten, um niederschwellige politische Partizipation zu ermöglichen.

- aktiv Gespräche mit nicht politisch aktiven Menschen suchen und eine „Methodik“ entwickeln, um ihnen den Einstieg in politische Prozesse zu erleichtern.

- sicherstellen, dass die Stadt aktiv Mittel bereitstellt, um Zugänge zu Räumlichkeiten auch für unregelmäßige Zwecke zu ermöglichen.

- Stadtteil-Botschafter*innen in Dortmund nach dem Vorbild der Stiftung Polytechnische Gesellschaft einführen, um mehr gesellschaftliche Teilhabe von Menschen zwischen 15 und 27 zu ermöglichen.

Für gelebte Vielfalt

Vielfalt muss auch im Stadtleben sichtbar sein – im Sport, in Vereinen und in kulturellen Angeboten. Diese Vielfalt zu fördern und sie besser zugänglich zu machen, ist entscheidend für eine inklusive Stadtgesellschaft.

Dafür werden wir

- Vielfalt im Sport fördern, unter anderem durch Programme in Schulen.

- die Vielfalt der Sport- und Freizeitangebote in Dortmund sichtbarer machen und besser vermitteln.

- Informationen zu Angeboten so aufbereiten, dass alle Menschen Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten in Dortmund erhalten.

- bei Ausschreibungen interkulturelle Angebote besonders fördern.

- Vereine gezielt dabei unterstützen, sich für die Mitarbeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu öffnen.

- die Einrichtung von Ehrenamtskoordinationen mithilfe der Dortmunder Freiwilligenagentur unterstützen, um Vorstände von Vereinen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

- Kooperationen zwischen Sportvereinen und Migrant*innen-Selbstorganisationen fördern.

- Sportanlagen auch für neu gegründete Vereine und Gruppen bereitstellen.

- Positivbeispiele wie den FC Merkur stärken, der seine Flächen für unterschiedliche Gruppen offen hält.

- einen Kulturentwicklungsplan erstellen und durch einen Beteiligungsprozess sicherstellen, dass Kulturangebote für alle da sind.

- Kultur und Integration stärker miteinander verknüpfen, um kulturelle Vielfalt in Dortmund sichtbarer und erlebbarer zu machen.

- das Projekt "imdo" der Alevitischen Gemeinde Dortmund e.V. fördern, dass aktiv den interkulturellen Dialog, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Bildung fördert und sich an Menschen mit internationaler Geschichte richtet.

Für queeres Leben in Dortmund

In Dortmund sollen die Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können. Gleichzeitig ist queere Vielfalt eine Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft. Doch queere Menschen erleben in vielen Lebensbereichen – von Schule und Ausbildung über den Arbeitsmarkt bis hin zum Gesundheitswesen – immer noch Diskriminierung. Gerade trans*, inter und nicht-binäre Personen sehen sich oft mit zusätzlichen Hürden konfrontiert, sei es im Zugang zu medizinischer Versorgung oder bei der Anerkennung ihrer Identität. Zudem gibt es spezifische Bedarfe für queere Senior*innen, Jugendliche und LSBTIQ*-Personen mit Migrationsgeschichte, die gezielt berücksichtigt werden müssen (die Abkürzung LSBTIQ* steht für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter und queere Menschen).

Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der queere Menschen nicht nur sicher leben, sondern sich auch aktiv beteiligen und entfalten können. Dafür müssen Schutzräume ausgebaut, politische Strukturen gestärkt und queere Organisationen gezielt gefördert werden. Besonders wichtig ist es uns auch, LSBTIQ*-Jugendlichen in den Blick zu nehmen, die in ihrer Identitätsfindung oft mit gesellschaftlichem Druck und Vorurteilen konfrontiert sind. Deshalb werden wir gezielte Maßnahmen ergreifen, um Gleichstellung, Teilhabe und Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen in Dortmund weiter voranzutreiben.

Wir werden

- den von uns initiierten LSBTIQ-Aktionsplan gegen die Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen weiter umsetzen und fortentwickeln.

- SLADO und andere LSBTIQ*-Initiativen sowie queere Vereine finanziell und strukturell unterstützen, die einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz und Unterstützung von LSBTIQ*-Personen leisten, jedoch auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind und nachhaltige Förderung benötigen.

- SLADO ermöglichen, als nicht stimmberechtigtes Mitglied eine Vertreter*in in den von uns geforderten städtischen Gleichstellungsausschuss zu delegieren.

- die Aktionen und Demonstrationen zum CSD und Trans*CSD in Dortmund erhalten, indem die Stadt Dortmund finanziell und organisatorisch stärker unterstützt, da die CSDs ein zentraler Ort für queere Sichtbarkeit und politische Forderungen sind.

- den Runden Tisch und die städtische Koordinierungsstelle für LSBTIQ* weiterentwickeln, und personell verstärken, um mehr Projekte und Anliegen der LSBTIQ*-Community koordinieren zu können.

- Konzepte für queere Senior*innen und deren spezifische Bedürfnisse entwickeln, da sie im Alter vor spezifischen Herausforderungen stehen, die in der Pflege und bei Wohnkonzepten auftreten.

- die Förderung von Seniorenheimen mit dem Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“ ausweiten, um queeren Senior*innen sichere und inklusive Wohnangebote zu bieten.

- die Beratungsstrukturen für trans*- und nicht-binäre Personen in Dortmund ausbauen und bündeln, da sie vor besonderen Herausforderungen im medizinischen Bereich, in der Selbsthilfe oder im sozialen Umfeld stehen.

- bestehende LSBTIQ*-Strukturen gezielt für trans*-spezifische Themen sensibilisieren.

- queere Kulturorte wie LesBiTrans*Takeover gezielt unterstützen, da sie LSBTIQ*-Menschen sichere Räume und Möglichkeiten zur Vernetzung bieten.

- queere Aktionen in etablierte Kulturinstitutionen integrieren.

- Angebote wie queere Clubs und Kneipen fördern.

- gezielte Maßnahmen zum Schutz queerer Jugendlicher vor Ausgrenzung, Benachteiligung und Angriffen umsetzen, die sie besonders in der Zeit ihres Coming-Outs erleben.

- die Benennung von LSBTIQ*-Vertrauenspersonen an weiterführenden Schulen etablieren.

- gendergerechte Jugendarbeit stärken und spezifische Interessen und

Bedürfnisse von Mädchen gezielt fördern.

- die Bedürfnisse von Jugendlichen, die sich männlich identifizieren, durch die Förderung positiver Rollenbilder berücksichtigen und schädliche Männlichkeitsstereotype hinterfragen.

- das SCHLAU-Projekt zur Durchführung von Workshops in Schulen und Jugendeinrichtungen zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt dauerhaft fördern.

- das Projekt SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für queere Jugendliche weiter unterstützen.

- eine (teil-)stationäre Jugendhilfeeinrichtung und eine Notschlafstelle für queere Jugendliche einrichten.

- LSBTIQ*-Gleichstellung in Wirtschaft und Sport fördern, indem wir LSBTIQ*-Aufklärung in Unternehmen fördern undLSBTIQ*-Beratungs- und Informationsangebote für Studierende ausweiten sowie die Unterstützung von LSBTIQ* im Sport fördern und ein Vielfaltsiegel für Sportvereine einführen.

- den internationalen Austausch von LSBTIQ*-Aktivist*innen mit den Partnerstädten Dortmunds fördern.

- in Zusammenarbeit mit SLADO einen Austausch initiieren, um die politische Teilhabe und Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen in den Partnerstädten zu verbessern.

- den bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltopfer umsetzen.

- barrierefreie Community-Angebote schaffen und Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der LSBTIQ*-Community unterstützen.

- Gruppen zum Austausch und zur Selbsthilfe für queere Menschen mit Behinderungen sowie intersektionale Gruppen für LSBTIQ* Personen mit Migrationsgeschichte ausbauen.

- den Ausbau von Unterstützungsangeboten für LSBTIQ*-Geflüchtete vorantreiben, um ihnen Schutz und Beratung zu bieten, da insbesondere LSBTIQ*-Personen aufgrund von Verfolgung aus ihren Herkunftsländern fliehen.

- ein Konzept zur Erinnerung an die Geschichte der LSBTIQ*-Community entwickeln und umsetzen, da die Geschichte geprägt von Verfolgung von LSBTIQ*-Personen vor und nach 1945 ist, aber auch von aktivem Engagement für Gleichberechtigung.